

DIE WELTWOCHEN



BILD: ILLUSTRATION: FERNANDO VICENTE

KURT W. ZIMMERMANN

Einzelfall und Staatskrise

Pech für die Medien, dass der Messerstecher aus Mannheim kein Deutscher aus Sylt war.



Kurt W. Zimmermann

Martialisch blickte Bundeskanzler Olaf Scholz vom *Spiegel*-Titelbild, das Gesicht im Halbschatten, damit er besonders grimmig rüberkam. Darunter die Schlagzeile: «Wir müssen endlich im grossen Stil abschieben».

Natürlich dachte Olaf Scholz keine Sekunde daran, nun Abschiebungen im grossen Stil anzuordnen. Und die *Spiegel*-Journalisten wussten ebenso genau, dass Scholz keine Sekunde daran dachte.

Aber das Titelbild vom letzten Oktober war gut. Und es gibt auf dieser Welt keine Redaktion, die sich ein gutes Titelbild von einem Realitäts-Check kaputtmachen lässt.

Nach der Messerattacke von Mannheim hätte der Spiegel den Kanzler an seine leeren Versprechen erinnern können, zumal der darauf im Bundestag erneut mit Abschiebungen kokettierte. Das Asylgesuch des islamistischen Täters von Mannheim war schliesslich schon zehn Jahre zuvor abgelehnt worden. Stattdessen erklärte der *Spiegel* seinen Lesern geduldig, warum Abschiebungen so unglaublich kompliziert und politisch heikel sind.

Wir sind damit bei einer speziellen Eigenheit der deutschen Medien. Es ist ihre Beisshemmung gegenüber ihrer Regierung.

Ich glaube, die deutschen Journalisten sind die derzeit zahmsten Journalisten in Europa. Sogar die Medien in Liechtenstein sind kritischer ihrer Regierung gegenüber.

Man stelle sich einmal vor, der britische Premier Rishi Sunak würde sein neues Abschiebemodell ständig ins Leere laufenlassen, so wie Scholz das tut. Die Journalisten von *Times* bis *Daily Mail* würden ihn in der Luft zerreißen. In den deutschen Medien, selbst in der bürgerlichen *Welt*, steht dann versöhnlich: «Scholz verspricht beharrliche Arbeit in der Asylpolitik.»

Man stelle sich vor, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni würde derart tölpelhaft durch die Weltpolitik stolpern, wie das bei der deutschen Aussenministerin üblich ist. Die Journalisten von *Repubblica* bis Canale 5 würden sie mit Hohn und Spott überschütten. In Deutschland

kommentiert das ZDF augenzwinkernd: «Mensch Baerbock! Die undiplomatische Diplomatin».

Oder man stelle sich vor, der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire hätte ein ähnlich dilettantisches Energiegesetz auf den Weg gebracht wie sein deutscher Kollege Robert Habeck. Die Journalisten von *Le Monde* bis *L'Express* hätten ihn niedergemacht. In Deutschland hebt ihn der *Stern* aufs Titelblatt und liefert ein Gefälligkeitsinterview: «Haben Sie Angst vor einem Attentat, Herr Habeck?»

Die deutschen Journalisten, in ihrer grossen Mehrheit, trauen sich nichts. Es ist eine rätselhafte Entwicklung in einem Land, in dem die Regierenden jahrzehntelang vor Blättern wie *Spiegel* und *Stern* zittern mussten. Die einzige grössere Redaktion, die sich, von Corona bis Asylpolitik, noch konsequent als vierte Gewalt der Regierungskritik präsentierte, war die *Bild*. Aber auch sie hat nicht mehr die Durchschlagskraft ihrer besten Zeiten.

Die deutschen Journalisten, in ihrer grossen Mehrheit, trauten sich nichts, habe ich gesagt. Man muss das präziser formulieren. Die deutschen Journalisten trauen sich nur dann etwas, wenn das risikolos ist.

In den letzten zwei Wochen wurde das eingängig demonstriert. Zuerst sangen ein paar angesäuselte Schickimickis einen Disco-Song, den sie mit einem Ausländer-raus-Refrain unterlegten. Die deutschen Journalisten überschlugen sich nun mit Schlagzeilen zu dieser «Schande für Deutschland». Ein dümmliches Lied wurde zum «Nazi-Skandal» hochgejazzt. Das war Gratismut. Mit betrunkenen Jugendlichen legt jeder Redaktor sich tapfer an.

Als kurz darauf ein afghanischer Einwanderer einen Islamkritiker niederstach und einen Polizisten tötete, las ich nichts von einer «Schande für Deutschland» und auch nichts von einem «Islamisten-Skandal». Denn jetzt machte sich der zuvor noch so mutige Redaktor in die Hose. Denn nun hätte man sich mit der Regierung anlegen müssen, deren desolante Migrationspolitik zu einer Explosion importierter Gewaltkriminalität, von

Messerattacken bis Gruppenvergewaltigungen, geführt hat. Das wäre dann kein Gratismut.

Und was folgte nun? Von der *Frankfurter Allgemeinen* bis zur «Tagesschau» wurde uns gesagt, es handle sich um einen «Einzelfall».

Okay. Mannheim war ein Einzelfall, Sylt war eine Staatskrise.

Mehr von dem täglich in Ihrer Mail-Box:

Newsletter abonnieren

Bitte beachten Sie die [Netiquette-Regeln](#) beim Schreiben von Kommentaren.

Den Prozess der Weltwoche-Kommentarprüfung machen wir in dieser [Erklärung](#) transparent.

Die **Weltwoche** - das ist die andere Sicht!